

fall, welcher damals auf 10—15,000 Thaler berechnet wurde, eintreten könnte. In Bezug auf die Posteinkünfte muß ich noch nachträglich hinzufügen, daß nicht zu übersehen ist, welchen Einfluß künftig die anzulegenden Eisenbahnen haben werden; bemerke jedoch zugleich zur Beruhigung, daß der Einfluß derselben bisher kein sehr nachtheiliger gewesen ist, und die neue Posttaxe, obwohl eine bedeutende Erleichterung dadurch gewährt worden ist, sich im Erfolg als günstig gezeigt hat. Der Ertrag der Floß- und Holzhoßnungen, Brücken- und Chausséegelder wird ungefähr derselbe bleiben. Erhöhen sich auch die Chausséegelder etwas, so werden sie durch die Mehrausgabe reichlich wieder in Anspruch genommen werden, da unser Chausséegeld die Unterhaltungskosten nicht deckt. Bei Position 17 wird wahrscheinlich ein bedeutender Ueberschuß erlangt werden, da Mehrerträge durch zweckmäßige und vorsichtige Geldoperationen jetzt erlangt, aber auch dazu die Gelegenheit und Mittel künftig nicht mehr vorhanden sein werden, weil über den baaren Bestand für andere Zwecke verfügt ist. Die unerheblichen ferneren Positionen will ich übergehen, zumal es vielleicht den Ansichten einiger der Herren Abgeordneten nicht entsprechen könnte, wenn ich anführte, daß möglicherweise auch bei dem Lottereeinkommen sich eine Erhöhung herausstellen könnte. Außer den erwähnten Positionen blieben noch der Stempelimpst und die indirecten Abgaben. Der Stempelimpst ist fortwährend im Steigen gewesen, und befindet sich im Budget angelegt mit 162,000 Thlr., bedeutend höher als früher. Der Durchschnitt aus der letzten Finanzperiode ist 166,000 Thlr. Der Voranschlag stimmt also mit dem bisherigen Ertrage in der Hauptsache überein. Es ist wahrscheinlich, daß dieser hohe Ertrag auch künftig zu erzielen sein wird, nämlich so lange wir Ruhe und Friede behalten, und der Verkehr in Gütern wie jetzt steigt. Was nun die indirecten Abgaben anbelangt, so ist die Gesamtsumme mit netto 1,656,210 Thlr. in dem frühern Budget veranschlagt gewesen, in dem letztern finden Sie 1,700,000 Thlr. Es ist also ein Mehransatz von circa 44,000 Thlrn. als jetzt, in der Wirklichkeit aber hat eine Erhöhung von ungefähr 240,000 Thlrn. jährlich stattgefunden. Es sind nämlich in den Ausgaben gewisse Entschädigungen, welche der geehrten Kammer bekannt sind, in Abzug gebracht, und ferner ist dieser Position der Ertrag aus der Schlachtsteuer vom kleinen Vieh entgangen, ein Gegenstand von 80—90,000 Thlr. jährlich. Wenn ich auch nicht leugnen will, daß dann, wenn nicht besondere Erschütterungen im Verkehr eintreten, ein Mehrertrag werde eintreten können, so wird es die geehrte Kammer dem Ministerio doch nicht verargen können, wenn dasselbe eine weitere Erhöhung, als die gedachten 240,000 Thlr., nicht annimmt, sondern dabei große Vorsicht anwendet. Im Allgemeinen muß man bei einer Budgetvorlage lieber etwas zu ängstlich in Beziehung auf die Ansätze sein, als leichtsinnig hohe Summen ansetzen, deren Einkommen nicht mit der größten Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Wenn jetzt hier und da in der geehrten Kammer die erlangten Ueberschüsse eine gewisse Mißbilligung finden, so glaube ich, würde

diese noch in erhöhterem Maße vorhanden sein, wenn sich bei der Verwaltung ein Deficit herausstellte. Ich kann aber auch nicht zugeben, daß in einer Staatsverwaltung, wo jährlich ungefähr 9 Millionen (Brutto) in die Cassen fließen, ein jährlicher Ueberschuß von 2—300,000 Thlr. als zu hoch anzusehen sei. Ich bitte, diesen Ueberschuß nach Procenten auf die Einnahme zu vertheilen; so ergeben sich nur geringe, und es wird vorsichtig und wünschenswerth sein, daß man immer einen solchen Ueberschuß erziele. Ich muß aber auch noch Folgendes hinzufügen. Sie haben gesehen, daß das Ausgabenbudget in der jetzigen Finanzperiode im Vergleich zu dem vorigen, nach Abzug der Minderausgaben bei verschiedenen Positionen, eine Erhöhung von jährlich 241,619 Thlr. 19 Ngr. nachweist. Ich muß hinzufügen, daß sich darunter allerdings die bewußten 160,000 Thlr. zu Bezahlung des Zinsen- und des Tilgungsfonds für auszugebende Staatsobligationen für die Steuerbefreiten befinden. Ich will von der Ansicht ausgehen, daß bei der nächsten Budgetvorlage keine Veranlassung vorliegt, die jetzt in Ansatz gebrachten Staatsausgaben zu erhöhen, wiewohl gegen diese Behauptung die bisherige Erfahrung spricht. Auch muß ich darauf aufmerksam machen, daß allerdings bei einigen Positionen dies unvermeidlich sein wird, und daß auch manche Gegenstände in das Budget hinein zu stellen sein werden, die sich bei dessen Aufstellung noch nicht übersehen ließen. So muß eine Erhöhung der Ausgaben für die Landrentenbank, so lange dieses Institut noch neue Renten übernimmt, mit jedem Jahre eintreten. Eine Position hat der Herr Abg. Georgi bereits erwähnt, das ist die des tiefen Elbstollns, wo sich jetzt der Betrag nur für 2 Jahre auf 3 Jahre vertheilt im Budget befindet, so daß künftig eine Steigerung von 20,000 Thlr. jährlich eintreten muß. Ebenso ist eine Ausgabe für die Bundeszwecke erwähnt, eine Ausgabe, die jährlich 41,000 Thlr. 10 Jahre hindurch erreichen wird. Dann tritt alljährlich ein neues erhöhtes Bedürfnis für die Chausséeverwaltung ein. Je mehr Chausséemeilen gebaut werden, je mehr müssen die Unterhaltungskosten steigen, die sich durch die Chausséegelder allerdings nicht decken. Ebenso ist vorbehalten worden, einen erhöhten Antrag zu stellen wegen der für Rechnung der Civilisten auszuführenden Baue, ein Antrag, der gewissermaßen durch die geehrte Kammer hervorgerufen worden ist und künftig nicht zu vermeiden sein möchte. Das Hypothekenwesen wird auch bei nächstem Landtage einen gewissen Aufwand, der noch nicht zu übersehen ist, erfordern. Es könnte wohl auch möglich sein, es träte bei nächstem Landtage ein Antrag hervor, die Criminalgerichtsbarkeit von den Patrimonialgerichten auf den Staat zu übernehmen, und es wäre gerade bei diesem Gegenstande unangenehm, wenn er zu einer besondern Steuererhebung Anlaß geben sollte. Solche Steuererhebungen für gewisse bestimmte Zwecke sind allemal gehässig und man muß sich bei dem Budget vorsehen, daß ein solcher extraordinärer Aufwand allenfalls gedeckt werden kann. Ebenso würden die Verhandlungen wegen Verbesserung des Elbstroms dahin führen, für einige Zeit einen Mehraufwand auf das Budget zu bringen. Endlich erwähne ich noch den Reservefonds. Wenn das Budget, wie nicht zu verkennen ist, jetzt etwas gespannter ist,